

DIE UKRAINE NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN

RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Gabriele Baumann / Christine Rosenberger

Die Parlamentswahlen in der Ukraine am 28. Oktober 2012 wurden von Seiten der Europäischen Union im Vorfeld als wichtiges Ereignis auf dem Weg zu einer demokratischen Entwicklung des Landes bezeichnet. Der Verlauf des Wahlkampfes sowie der Wahlprozess selbst würden direkten Einfluss auf die Frage haben, ob und wann das fertig ausgehandelte Assoziierungsabkommen unterzeichnet werden kann. In der Rückschau zeigt sich, dass die Wahlen den europäischen Standards nicht entsprachen. Das spiegeln die Stellungnahmen der nationalen und internationalen Wahlbeobachter, der Oppositionsparteien, der Hohen Repräsentantin der EU und der Europäischen Kommission eindeutig wider. Als Bedingung für die Unterzeichnung des Abkommens wird nun darauf verwiesen, dass die Fehler korrigiert werden müssen und eine Wahlgesetzgebung zu erarbeiten ist, die europäischen Normen entspricht und nicht vor jeder Wahl entsprechend den Bedürfnissen der regierenden Partei neu verfasst wird.

Trotz der massiven Manipulationen und des gezielten Einsatzes administrativer Ressourcen lange vor dem Abstimmungstag brachten die Parlamentswahlen im Ergebnis eine starke Opposition hervor. Dies war in dieser Deutlichkeit nicht erwartet worden. Die bisherige Regierungspartei, die Partei der Regionen (PR) von Präsident Viktor Janukowytsch, wurde zwar stärkste Kraft, sie ist jedoch geschwächt. Die noch im Wahlkampf angepeilte Zweidrittelmehrheit wurde klar verfehlt, sodass die Partei vorerst bei Abstimmungen auf die Unterstützung der Kommunisten und einzelner Fraktionsloser angewiesen bleibt.



Gabriele Baumann leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine.



Christine Rosenberger ist Trainee im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew.

Versuchtem Stimmenkauf durch die Regierungspartei sowie der Beeinflussung durch populistische Werbekampagnen haben die Wähler in vielen Regionen widerstanden und den Oppositionsparteien ihre Stimmen gegeben. Ihr Votum ist ein deutlich positives Signal für die drei Oppositionsparteien, die Vereinigte Opposition Batkiwschtschyna (Vaterland), die Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR) von Vitali Klitschko und die rechtsnationale allukrainische Vereinigung Swoboda (Freiheit). Alle drei zusammen genommen konnten mit rund zehn Millionen Wählerstimmen einen erheblichen Zuwachs verzeichnen. Nun sind die Oppositionsparteien dringend gefordert, den Erwartungen der Wähler zu entsprechen, gemeinsame Lösungen und Alternativen für den Reformprozess hin zu nachhaltiger Demokratie in der Ukraine aufzuzeigen. Dabei geht es darum, faire und verlässliche Ausgangsbedingungen für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2015 zu schaffen. Nicht zuletzt steht das Land auch vor großen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen, für deren Beseitigung Regierung und Parlament Lösungsvorschläge aufzeigen müssen.

WAHLERGEBNISSE VOM OKTOBER 2012 – NEUWAHLEN IN FÜNF WAHLKREISEN IM FRÜHJAHR 2013

Erst zwei Wochen nach der Wahl konnte die Zentrale Wahlkommission (ZWK) das amtliche Endergebnis der Parlamentswahlen verkünden. Dies lag nicht so sehr an dem Teil der Stimmen, der den Parlamentseinzug der 225 Kandidaten über die Parteilisten regelte, vielmehr bereitete die Bestimmung des Siegers unter den Direktkandidaten in mehreren Wahlkreisen Probleme.

Die Bestimmung des Siegers unter den Direktkandidaten bereitete in mehreren Wahlkreisen Probleme. Nach dem weitgehend problemlosen Abstimmungstag war es zu teils erheblichen Verzögerungen gekommen.

Nach dem weitgehend problemlosen Abstimmungstag war es zu teils erheblichen Verzögerungen in den Wahlbezirkskommissionen bei der Auswertung der Wahlprotokolle aus den einzelnen Wahllokalen und der Einspeisung dieser Ergebnisse in die zentrale Datenbank gekommen, die in manchen Fällen mehrere Tage, in einigen Wahlbezirken sogar bis zu knapp zwei Wochen andauerten. In einem Wahlkreis wurden beispielsweise die Daten bei der Übermittlung an den Server der Zentralen Wahlkommission manipuliert, in anderen kam es zu Stromausfällen während der Auszählung. In der südukrainischen Stadt Mykolajiw stürmte die Sondereinheit Berkut des Innenministeriums ein Wahllokal,

um Stimmzettel zu beschlagnahmen. Es kam zu Handgreiflichkeiten und zum Einsatz von Tränengas. In der Region Odessa wurden in einem Wahlkreis per Gerichtsentscheid Stimmen für ungültig erklärt, die zum Sieg eines Politikers der Partei UDAR geführt hätten.

Während ihrer Sitzung am 11. November verkündete die ZWK dann endlich die Sieger der noch ausstehenden Direktwahlkreise, erklärte aber gleichzeitig, dass es ihr in fünf Wahlkreisen unmöglich gewesen sei, die Wahlergebnisse zu ermitteln. So stehen bislang nur 220 der insgesamt 225 direkt ins Parlament einziehenden Kandidaten fest. In den fünf Direktwahlkreisen Nr. 94 (Obuchiw, Region Kiew), Nr. 132 (Perwomajsk, Region Mykolajiw), Nr. 194 und 197 (Region Tscherkassy) sowie Nr. 223 (Schewtschenko-Bezirk, Stadt Kiew) wird es vermutlich im Frühjahr zu einer erneuten Abstimmung kommen.

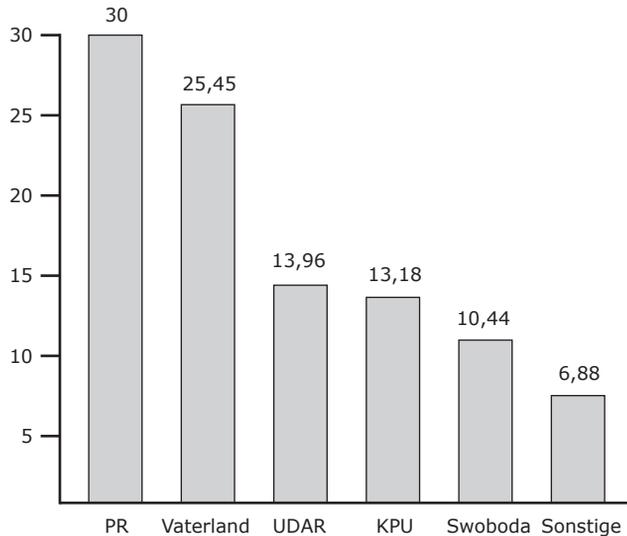
Bislang stehen nur 220 der insgesamt 225 direkt ins Parlament einziehenden Kandidaten fest. In fünf Direktwahlkreisen wird es vermutlich im Frühjahr zu einer erneuten Abstimmung kommen.

Betrachtet man das amtliche Endergebnis für den Teil der Abgeordneten, die nach Verhältniswahl gewählt wurden, so liegt die PR mit 30 Prozent der Stimmen auf Platz eins, gefolgt von der Vaterland-Partei (25,54 Prozent) und der UDAR mit 13,96 Prozent. Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) konnte insgesamt 13,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Der Überraschungssieger dieser Parlamentswahl war ohne Zweifel die rechtsnationale Partei Swoboda, die sich ihren erstmaligen Einzug in die Werchowna Rada mit 10,44 Prozent sicherte.

Dieses Ergebnis der Abstimmung nach Verhältniswahl bedeutet eine Stärkung der Oppositionsparteien und spiegelt die sinkenden Zustimmungswerte der Regierungspartei innerhalb der Bevölkerung wider. Denn nach diesem Teilergebnis wäre es der PR nicht gelungen, eine Mehrheit für die Fortführung ihrer Regierungsarbeit zu bilden: Selbst zusammen mit der KPU käme die PR auf einen geringeren Stimmenanteil als die Vereinigte Opposition gemeinsam mit UDAR und Swoboda. Diese drei Oppositionsparteien hätten zusammen über eine knappe Mehrheit verfügt.

Abb. 1

**Amtliches Endergebnis der Parlamentswahlen 2012
(nach Verhältniswahl, in Prozent)**



Quelle: Zentrale Wahlkommission.

Doch da mit der Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes¹ im Herbst 2011 das Mischwahlrecht wieder eingeführt wurde, sind die abgegebenen Stimmen nach Verhältniswahl (Abb. 1) nur ein Teil des Wahlergebnisses. Über die Vergabe der anderen Hälfte der insgesamt 450 zu vergebenen Sitze der Werchowna Rada wird in den landesweit 225 Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht entschieden. Im Gegensatz zum deutschen Wahlrecht, in dem eine Verrechnung von Erststimmen für die Direktkandidaten mit der Anzahl der Listenplätze vorgesehen ist, bedeuten die gewonnenen Mehrheitswahlkreise nach ukrainischem Wahlrecht zusätzliche Sitze im Parlament. Aufgrund stetig sinkender Umfragewerte war im Vorhinein absehbar, dass die PR keine Mehrheit über die Parteiliste bekommen würde, und so hatte sie sich sehr früh auf den Wahlkampf in den einzelnen Direktwahlkreisen und den

1 | Eine ausführliche Darstellung des Wahlgesetzes, der wichtigsten Parteien und ihrer Kandidaten sowie eine Analyse des Wahlkampfgeschehens finden sich in Gabriele Baumann, Christine Rosenberger, Anna Portnova und Juliane Ziegler, *Wahlhandbuch Ukraine 2012*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew, 08/2012, http://kas.de/wf/doc/kas_31911-1522-1-30.pdf [11.12.2012].

Einsatz administrativer Ressourcen zur Unterstützung der Direktkandidaten konzentriert. Langzeitwahlbeobachter der ukrainischen Nichtregierungsorganisation OPORA oder des Wählerkomitees der Ukraine (KWU) berichteten daher auch vor allem von Manipulationsversuchen in den Direktwahlkreisen: Kandidaten oder die von ihnen gegründeten Wohltätigkeitsvereine verteilten Geschenke in Form von Lebensmittelpaketen, Haushaltswaren, Ausrüstung für Schulen und Krankenhäuser oder auch Geld an Wähler.² Parteien und Kandidaten in Regierungsverantwortung waren aufgrund der größeren Ressourcen gegenüber Oppositionskandidaten deutlich im Vorteil und nutzten ihre Machtposition häufig aus, um gegnerische Kandidaten zu behindern oder einzuschüchtern. Diese ungleichen Voraussetzungen während des Wahlkampfes waren in der späteren Beurteilung der Wahlen im OSZE-Bericht einer der zentralen Kritikpunkte.

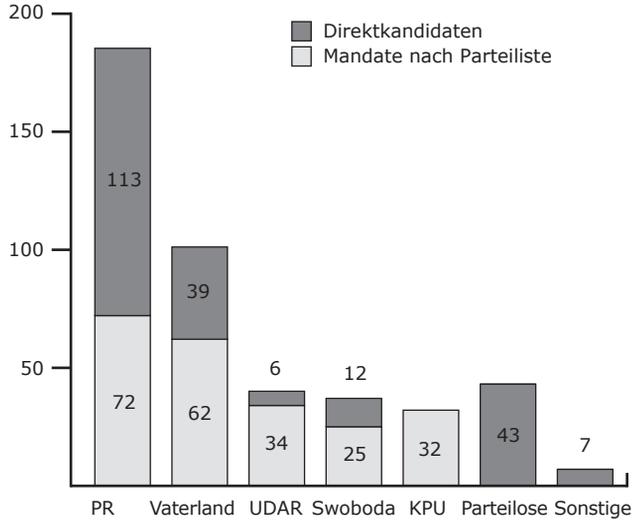
Kandidaten oder die von ihnen gegründeten Wohltätigkeitsvereine verteilten Geschenke in Form von Lebensmittelpaketen, Haushaltswaren, Ausrüstung für Schulen und Krankenhäuser oder auch Geld.

Die Rückkehr zum gemischten Wahlrecht, das zuletzt seine Anwendung in den Parlamentswahlen von 2002 fand, war auch mit Stimmen der Opposition beschlossen worden. Für die PR zahlte es sich letztlich aus: Mit Hilfe der errungenen Siege in 113 von 225 Direktwahlkreisen konnte die Regierungspartei ihre Anzahl an Abgeordneten im neuen Parlament erheblich aufstocken und sich einen deutlichen Vorsprung vor den anderen Parteien sichern. Mit nur 39 gewonnenen Direktwahlkreisen bleibt die Vereinigte Opposition klar hinter der PR zurück. In zwölf Wahlkreisen gelang es Swoboda, die Wahl für sich zu entscheiden, die Kandidaten von UDAR überzeugten nur in sechs Wahlkreisen. Die Kommunisten konnten sich in keinem der 225 Wahlkreise durchsetzen.

2 | Committee of Voters of Ukraine, *Report on results of long-term monitoring on preparations for parliamentary elections in Ukraine in June 2012*, 06/2012, http://issuu.com/victorkylymar/docs/report_cvu_lto_12_jun/3 [04.02.2013]; *The Fourth Report on the results of all-Ukrainian observation of Parliamentary elections – July 2012*, OPORA, 02.08.2012, <http://oporaua.org/en/news/1786-chetvertyj-zvit-za-rezul-tatamy-zagalnonacionalnogo-sposterezhenja-parlamentski-vybory-2012-roku> [04.02.2013].

Abb. 2

Anzahl der Mandate nach Parteilisten und Direktkandidaten 2012³



Quelle: Zentrale Wahlkommission.

Rechnet man die über die Parteiliste und die durch gewonnene Direktkandidaten errungenen Mandate zusammen, so ergibt sich eine Sitzverteilung in der neuen Werchowna Rada, mit der keine Partei auf Anhieb eine Mehrheit bilden konnte. Aus diesem Grunde war die PR bei ihren Versuchen einer Mehrheitsbildung sehr stark auf die insgesamt 43 parteilosen Kandidaten und die sieben direkt gewählten Vertreter von Kleinstparteien angewiesen. Bei den Parteilosen handelt es sich um Kandidaten, die sich in ihrem Wahlkreis eigenständig zur Wahl aufgestellt hatten und offiziell unabhängig von den angetretenen politischen Parteien kandidierten. In manchen Fällen wollten sich diese parteilosen Kandidaten bewusst keiner Partei anschließen. Dies trifft vor allem auf regional bekannte Persönlichkeiten zu, die über ausreichende Finanzmittel verfügen, um die Kosten eines Wahlkampfes zu tragen. Zu dieser Gruppe kann beispielsweise Petro Poroschenko gezählt werden, der seinen Wahlkreis in der zentralukrainischen Stadt Winnyzja mit

3 | Die Darstellung berücksichtigt nur die bislang zugewiesenen 445 Mandate. In den fünf umstrittenen Wahlkreisen, für die die ZWK kein Ergebnis ermitteln konnte, werden vermutlich im Frühjahr 2013 neue Abstimmungen angesetzt.

über 70 Prozent Zustimmung gewonnen hat. Der Besitzer der landesweit bekannten Süßwarenfabrik Roshen gehörte in der Vergangenheit bereits verschiedenen Parteien und Regierungen an. So war er Außenminister unter Präsident Viktor Juschtschenko und von Februar bis Oktober 2012 Wirtschaftsminister in der Regierung Asarow. Gleichzeitig verfügt Poroschenko dank des wirtschaftlichen Erfolgs seines Unternehmens – der „Schokoladenkönig“ zählt zu den zehn reichsten Ukrainern – über die nötigen finanziellen Mittel, die ein Wahlkampf ohne Parteirückhalt erfordert. Bei einem anderen Teil der formal parteilosen Kandidaten war vielfach davon auszugehen, dass ihre Nähe zur PR größer war, als offiziell eingestanden wurde. Bei diesen Kandidaten war – im Falle ihres Wahlsieges – ein Übertritt in die Fraktion der PR bereits im Voraus erwartet worden. Dies trifft unter anderem auf Dawyd Zhwanija zu, der als parteiloser Kandidat im Wahlkreis 140 im Gebiet Odessa antrat, ein knappes Drittel aller Wählerstimmen auf sich vereinigte und sich mit diesem Ergebnis den Einzug in die Werchowna Rada sicherte. Ebenso wenig überraschend war der Übertritt zur Fraktion der PR bei dem parteilosen Direktkandidaten des Wahlkreises 18 im Gebiet Winnyzja: Hrihorij Kaletnik erreichte mit 46 Prozent der Wählerstimmen einen deutlichen ersten Platz unter den angetretenen Direktkandidaten seines Wahlkreises und gehört nun ebenso wie Zhwanija der Fraktion der PR an.

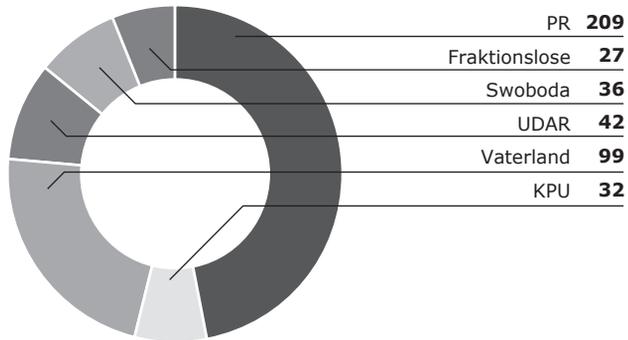
Die Aufgabe, der sich die PR nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses stellen musste, war es, möglichst viele der insgesamt 43 parteilosen und sieben Kleinstparteien angehörigen Abgeordneten zu einem Übertritt in die Fraktion der PR zu bewegen. An möglichen Hebeln zur Verstärkung des Drucks auf diese Kandidaten mangelte es der Partei nicht: Die Aussicht auf Zuteilung von Finanzmitteln aus dem Staatshaushalt für ihren Wahlkreis konnte einigen Abgeordneten die Entscheidung für einen Übertritt erleichtern. Für die Fälle, in denen solcherlei Vorschläge nicht fruchteten, blieb die „individuelle Arbeit“ mit jedem einzelnen Kandidaten – diese konnte im Einzelfall auch die Androhung eines Ermittlungsverfahrens wegen Steuerhinterziehung einschließen. Im Ergebnis wurde bei der Eröffnung der neuen Werchowna Rada am 12. Dezember bekannt, dass 25 der unabhängigen Kandidaten zur Fraktion der PR

Die Aussicht auf Zuteilung von Finanzmitteln konnte einigen Abgeordneten die Entscheidung für einen Übertritt zur Partei der Regionen erleichtern.

gewechselt waren, zur Fraktion UDAR wechselten zwei der vormals Fraktionslosen und zur Fraktion der Kommunisten wechselte eine Abgeordnete. Die PR hatte auch versucht, Abgeordnete der Oppositionsparteien für eine Zusammenarbeit mit der Regierungsfraktion zu gewinnen. Medienberichten zufolge soll beispielsweise einem Abgeordneten von UDAR für einen Fraktionswechsel die Summe von fünf Millionen US-Dollar angeboten worden sein.⁴ Um die Mehrheit im neuen Parlament wurde und wird vermutlich auch weiterhin mit harten Bandagen gekämpft, solange der Regierungsfraktion Stimmen für eine Mehrheit aus eigener Kraft fehlen.

Abb. 3

Sitzverteilung in der neuen Wechowna Rada⁵



Quelle: Zentrale Wahlkommission.

Betrachtet man das Stimmverhalten nach Regionen, so erkennt man deutlich das Ost-West-Gefälle, das sich in der Ukraine schon bei früheren Wahlen gezeigt hat: Während die Bewohner der West- und Zentralukraine mehrheitlich der Vereinigten Opposition ihre Stimme gaben (abgesehen von der Region Lwiw, wo Swoboda Platz eins erreichte), errang im Ost- und Südteil des Landes ausnahmslos die PR den Spitzenplatz nach der Verhältniswahl. Im Grundsatz hat sich dieses Ost-West-Gefälle nicht verändert: Der Westen und die Zentralukraine einschließlich der Hauptstadt

4 | „Депутату от Кличко предлагали 5 миллионов за то, чтобы стать „тушкой““ (Klitschko-Abgeordneter wurden fünf Millionen US-Dollar angeboten, um Fraktionswechsler zu werden), *Ukrainska Pravda*, 07.12.2012, <http://pravda.com.ua/rus/news/2012/12/7/6978931> [04.02.2013].

5 | Zur Darstellung siehe Fn. 3.

Kiew stimmten erneut mehrheitlich für das orange Lager – 2007 für den Block Julia Tymoschenko (BJuT) und 2012 für die Vereinigte Opposition. Der Osten und Süden des Landes wählten mehrheitlich die PR. Nur eine einzige Ausnahme gibt es von dieser Regel – die Region Transkarpatien im äußersten Westen, die während des 20. Jahrhunderts zwischen der Tschechoslowakei, Ungarn und der Ukraine bzw. der Sowjetunion hin und hergerissen war und als einzige Region im Westen mehrheitlich für die PR stimmte.

Tabelle 1

Sitzverteilung in der neuen Werchowna Rada

	PR	KPU	Parteilose, kleine Parteien	Vaterland	UDAR	Swoboda
Mandate nach Verhältniswahl	72	32	0	62	34	25
Mandate nach Mehrheitswahl	113	0	43 + 7	39	6	12
Anzahl der Mandate	185	32	50	101	40	37
davon Abgeordnete, die der Fraktion bzw. Gruppe nicht beigetreten sind	-1*	-1*	- 28	- 2**	0	-1*
zur jeweiligen Fraktion bzw. Gruppe Übergetretene	+ 25	+ 1	+5	0	+ 2	0
Gesamt (Mehrheit bei 226 Mandaten)	209	32	27	99	42	36

* Der Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak (PR) und seine zwei Stellvertreter Ihor Kaljetnik (KPU) und Ruslan Koschulynskij (Swoboda) mussten ihre Fraktionszugehörigkeit für die Wahrnehmung des Amtes ablegen und werden zu den fraktionslosen Abgeordneten gezählt.

** Vater und Sohn Tabalow waren Kandidaten der Vereinigten Opposition, blieben aber fraktionslos.

Tabelle 2

**Wahlsieger nach Verhältniswahl in den Regionen
(in Prozent)**

Region	Wahl- gewinner 2012	Stimmen- anteil 2012	Wahl- gewinner 2007	Stimmen- anteil 2007
Westukraine				
Wolynien	Vaterland	39,46	BJuT	57,59
Lwiw	Swoboda	38,01	BJuT	50,38
Transkarpatien	PR	30,87	Unsere Ukraine	31,11
Riwne	Vaterland	36,59	BJuT	50,97
Ternopil	Vaterland	39,04	BJuT	51,57
Iwano-Frankiwsk	Vaterland	38,21	BJuT	50,67
Tscherniwzi	Vaterland	39,60	BJuT	46,17
Zentralukraine				
Shtomyr	Vaterland	36,15	BJuT	37,00
Chmelniczki	Vaterland	37,17	BJuT	48,16
Winnyzja	Vaterland	45,01	BJuT	49,97
Region Kiew	Vaterland	36,63	BJuT	53,38
Stadt Kiew	Vaterland	30,96	BJuT	46,18
Tscherkasy	Vaterland	37,77	BJuT	47,03
Kirowohrad	Vaterland	32,16	BJuT	37,57
Tschernihiw	Vaterland	30,73	BJuT	41,92
Sumy	Vaterland	36,27	BJuT	44,45
Poltawa	Vaterland	30,14	BJuT	37,86
Ostukraine				
Charkiw	PR	40,98	PR	49,16
Luhansk	PR	57,06	PR	73,53
Donezk	PR	65,09	PR	72,05
Dnipropetrowsk	PR	35,79	PR	48,15
Saporishshja	PR	40,95	PR	55,45

Region	Wahl- gewinner 2012	Stimmen- anteil 2012	Wahl- gewinner 2007	Stimmen- anteil 2007
Südkraine				
Odessa	PR	41,90	PR	52,22
Mykolajiw	PR	40,51	PR	54,40
Cherson	PR	29,34	PR	43,23
Autonome Republik Krim	PR	52,34	PR	60,99
Stadt Sewastopol	PR	46,90	PR	64,53

Quelle: Zentrale Wahlkommission.

Tabelle 3

Wahlbeteiligung im Vergleich: 2012 und 2007

	2012	2007
Anzahl der registrierten Wähler	35,8 Mio.	37,2 Mio.
Anzahl der Wähler, die abgestimmt haben	20,8 Mio.	24,2 Mio.
Wahlbeteiligung	58,1 %	65,1 %
Region mit der niedrigsten Wahlbeteiligung	49,5 % (Krim)	47,6 % (Transkarpatien)
Region mit der höchsten Wahlbeteiligung	67,1 % (Lwiw)	71,2 % (Ternopil)

Quelle: Zentrale Wahlkommission.

Die Wahlbeteiligung fiel mit rund 58 Prozent landesweit deutlich geringer aus als noch vor fünf Jahren, als 65 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnahmen. Die höchste Beteiligung war in der Region Lwiw mit 67 Prozent zu verzeichnen, die geringste in der Autonomen Republik Krim, wo nur jeder zweite Wahlberechtigte zur Wahl ging.

NATIONALE UND INTERNATIONALE REAKTIONEN AUF DIE WAHL

In einem Drittel der Wahlbezirkskommissionen war es im Verlauf der Wahlnacht und im Laufe der folgenden zwei Wochen laut Bericht der OSZE zu teils erheblichen Unregelmäßigkeiten und eingeschränkter Transparenz bei der

Addierung der Ergebnisse gekommen.⁶ Auf der Pressekonferenz der internationalen Wahlbeobachtungsmissionen von OSZE, Europarat, Europäischem Parlament und der parlamentarischen Versammlung der NATO am 29. Oktober bewerteten die Leiter der einzelnen Missionen den Ablauf des Wahltags selbst zwar als weitgehend ruhig und friedlich, sie äußerten gleichzeitig jedoch deutliche Kritik an den ungleichen Voraussetzungen, die im Wahlkampf zwischen Regierungskandidaten und Oppositionskandidaten geherrscht hatten, und an der mangelnden Transparenz im Prozess der Auswertung und Übertragung der Wahlprotokolle nach Schließung der Wahllokale. Die Leiterin der Kurzzeitwahlbeobachtungsmission der OSZE, Walburga Habsburg Douglas, stellte aufgrund des Machtmissbrauchs und der bedeutenden Rolle, die Geld bei diesen Wahlen gespielt hatte, einen demokratischen Rückschritt in der Ukraine fest.⁷

Die drei Oppositionsparteien Vereinigte Opposition, Swoboda und UDAR machten im Verlauf der Woche nach den Wahlen in 13 Wahlkreisen Stimmenverluste aufgrund der Unregelmäßigkeiten für sich geltend. Aus den Reihen der Opposition kamen Vorschläge, die Mandate aus Protest gar nicht erst anzunehmen. Neuwahlen im ganzen Land wurden gefordert. Protestkundgebungen vor dem Gebäude der Zentralen Wahlkommission in Kiew prägten die erste Woche nach dem Wahltag. Julia Tymoschenko trat aus Protest gegen die Manipulationen des Wahlergebnisses in den Hungerstreik. Die Regierung reagierte erst am 2. November: Ministerpräsident Asarow erklärte an diesem Tag, dass weder die Regierung noch die Partei der Regionen etwas mit den Komplikationen bei der Stimmenauszählung in den Problemwahlkreisen zu tun habe.⁸ Am 6. November ent-

6 | Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Election Observation Mission Ukraine, *Post-Election Interim Report 29 October-6 November 2012*, <http://osce.org/odihr/elections/97077> [07.12.2012].

7 | OSZE, Election Observation Mission Ukraine, „Ukrainian elections marred by lack of level playing field, say international observers“, Pressemitteilung, 29.10.2012, <http://osce.org/odihr/elections/96673> [10.12.2012].

8 | „Азаров: Ни Партия регионов, ни Кабмин не причастны к проблемам на округах“ (Asarow: Weder die Partei der Regionen noch das Ministerkabinett sind an Problemen der Wahlkreise beteiligt), *Ukrainska Pravda*, 02.11.2012, <http://pravda.com.ua/rus/news/2012/11/2/6976529> [04.02.2013].

schied die Zentrale Wahlkommission auf Empfehlung der Werchowna Rada, in fünf Wahlkreisen Neuwahlen anzusetzen, da sie sich außerstande sah, dort ein amtliches Endergebnis zu bestimmen.

DIE FÜNF POLITISCHEN KRÄFTE IM PARLAMENT

Partei der Regionen (PR)

Der faktische Sieger der Parlamentswahl gehört gleichzeitig zu den großen Stimmenverlierern im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2007: Laut den Daten der Zentralen Wahlkommission für 2007 und 2012 setzten 1,9 Millionen Wähler weniger als noch vor fünf Jahren ihr Kreuzchen bei der PR. Dies kann einerseits mit der Enttäuschung vormaliger PR-Wähler von der Arbeit der Regierung begründet werden, andererseits mag auch die im Vergleich zu 2007 geringere Wahlbeteiligung eine Rolle spielen.

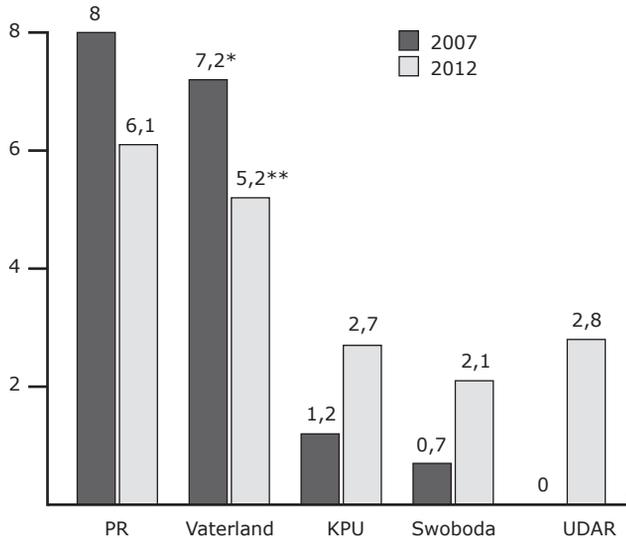
Im Wahlkampf hatte die Partei vor allem das Ziel der Anhebung des Lebensstandards fokussiert und dabei oft auf das bereits Erreichte verwiesen: Hierzu zählte die PR insbesondere die zahlreichen Investitionen in die Infrastruktur, die die Regierung im Rahmen der Vorbereitungen auf die Fußball-Europameisterschaft im Sommer 2012 auf den Weg gebracht hatte – unter anderem den Ausbau von Autobahnen, den Neubau bzw. die Renovierung von Stadien und Flughäfen in den vier Austragungsorten sowie den Einsatz neuer Hochgeschwindigkeitszüge auf den wichtigsten Strecken. Die PR hatte stets betont, dass sie für eine Modernisierung und für wirtschaftlichen Aufschwung stehe, und noch im Wahlkampf im Sommer unterstrichen, dass sich erste positive Auswirkungen der begonnenen Reformen der Regierung zeigten. Hierzu zählte sie eine Senkung des Staatsdefizits über den Zeitraum 2010 bis 2012 ebenso wie eine geringe Inflationsrate und die Rückzahlung eines großen Teils der Staatsschulden zu Beginn des Jahres 2012. Die Realität sah Ende des Jahres 2012 jedoch deutlich negativer aus: Die Industrieproduktion ging allein im Oktober um 4,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück, das Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2012 nur bei 0,5 Prozent, das Leistungsbilanzdefizit beträgt 7,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und

Die Partei der Regionen hatte stets betont, dass sie für wirtschaftlichen Aufschwung stehe und sich erste positive Auswirkungen der begonnenen Reformen der Regierung zeigten.

aufgrund der Stützungskäufe für die Währung durch die Nationalbank dezimierten sich die Währungsreserven rasant um 15 Prozent seit Jahresbeginn.⁹ Zuletzt stufte auch noch die Ratingagentur Standard & Poor's die Ukraine in ihrer Bewertung auf die Note B herab.

Abb. 4

Wählerstimmen im Vergleich: Parlamentswahlen 2007 und 2012 (in Mio.)



* Zahlen für BJuT

** Zahlen für die Vaterland-Partei

Quelle: Zentrale Wahlkommission.

Mit ihren 209 Fraktionsmitgliedern scheiterte die Partei deutlich an dem selbstgesetzten Ziel, aus eigener Kraft die einfache Parlamentsmehrheit von 226 Stimmen zu erreichen. Dennoch gelang der Partei der Regionen sowohl die Wahl von Mykola Asarow zum Regierungschef als auch die Durchsetzung des Parlamentssprechers Wolodymyr Rybak – jeweils mit Hilfe der Kommunisten und einiger fraktionsloser Abgeordneter. Rybak stammt ebenso wie

9 | Ricardo Giucci und Robert Kirchner, „Braucht die Ukraine ein neues IWF-Programm?“, Deutsche Beratergruppe, Newsletter, Nr. 51, 11/2012, http://beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2012/Newsletter_51_2012_Deutsche%20Beratergruppe.pdf?PHPSESSID=02e450fc2207936eb4bf0e2d03e05033 [12.12.2012].

Präsident Janukowitsch aus Donezk und ist stellvertretender Parteivorsitzender.

Vereinigte Opposition Batkiwschtschyna (Vaterland)

Neben der PR musste auch die Opposition im Vergleich zu 2007 Verluste hinnehmen: Vor fünf Jahren konnte der Block von Julia Tymoschenko mit 7,2 Millionen Wählerstimmen noch knapp 31 Prozent der Zustimmung erreichen. Zu den Parlamentswahlen 2012 hatte sich die Partei Tymoschenkos mit der Front Smin (Front des Wandels) von Arsenij Jazenjuk und fünf weiteren kleinen Oppositionsparteien zur Vereinigten Opposition Batkiwschtschyna zusammengeschlossen, um mit vereinter Kraft eine demokratische Alternative zur Partei der Regionen anzubieten. Im neuen Parlament ist Batkiwschtschyna nun mit 99 Abgeordneten vertreten, das Amt des Fraktionsvorsitzenden übernimmt Arsenij Jazenjuk. Unmittelbar vor der konstituierenden Parlaments-sitzung wurde noch bekannt, dass zwei Abgeordnete von Batkiwschtschyna nicht der Oppositionsfraktion, sondern der Gruppe der Fraktionslosen beitreten würden. Wie groß die Wut über die zwei Abweichler (Vater und Sohn Tabalow) war, zeigten die Handgreiflichkeiten, die gleich am ersten Sitzungstag des neuen Parlaments ausbrachen: Abgeordnete der drei Oppositionsparteien versuchten, den beiden Überläufern mit Gewalt den Zutritt zum Sitzungssaal zu versperren, um sie am Ablegen des Eides zu hindern und anschließend die Aberkennung ihres Mandats zu erzwingen. Sie scheiterten jedoch mit diesem Vorhaben.

Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen (UDAR)

Die UDAR von Vitali Klitschko konnte als Parteineugründung gleich bei ihrer ersten Parlamentswahl mit 2,8 Millionen Wählerstimmen ein beachtliches Ergebnis erzielen. Mit ihrem pro-europäischen und reformorientierten Wahlprogramm sprachen Vitali Klitschko und sein Team vor allem Wähler unter 40 Jahren aus der Zentral- und Westukraine mit mittlerer bis höherer Bildung an. Viele der UDAR-Wähler sahen in dieser Partei eine vielversprechende Alternative zu den altbekannten Gesichtern der Vereinigten Opposition, deren Führungselite in den Jahren der Regierungsverantwortung nach der Orangen

Mit ihrem pro-europäischen und reformorientierten Wahlprogramm sprachen Vitali Klitschko und sein Team vor allem Wähler unter 40 Jahren aus der Zentral- und Westukraine mit mittlerer bis höherer Bildung an.

Revolution 2004 in vielerlei Hinsicht den Hoffnungen und Erwartungen der Bevölkerung auf Umsetzung von Reformen nicht entsprochen und sich stattdessen wegen interner Streitigkeiten mitunter selbst blockiert hatte. Weil sich viele oppositionell gestimmte ukrainische Wähler ein neues Gesicht mit einer stärker europäisch geprägten politischen Kultur wünschten, konnte UDAR reüssieren.

In ihrem Wahlprogramm plädiert die Partei unter anderem für die Schaffung eines neuen Verhältnisses zwischen Staat und Bürger, das auf der Anerkennung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Bürgers vom Staat basieren soll. Zu diesem Zweck strebt UDAR eine Neuausrichtung mit Blick auf die grundlegenden Werte der ukrainischen Gesellschaft an, hin zu einer Stärkung des Prinzips der Eigenverantwortlichkeit und der Befreiung des Bürgers vom übermäßig starken Einfluss des Staates. In diese Zielsetzung fügt sich auch die Forderung nach einer Stärkung der lokalen Selbstverwaltung und der systematischeren Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess ein. In wirtschaftlicher Hinsicht setzt sich UDAR dafür ein, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine flexible und wettbewerbsfähige ukrainische Wirtschaft zu schaffen, deren Motor kleine und mittlere Unternehmen (KMU) darstellen sollten. Innerhalb des politischen Prozesses fordert UDAR mehr Transparenz und eine stärker an den langfristigen Bedürfnissen des Landes als an persönlichen Vorteilen einzelner Politiker ausgerichtete Politik. Die UDAR-Fraktion zählte bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments 42 Abgeordnete, somit hatten sich zusätzlich zu den 40 in den Wahlen errungenen Mandaten zwei als parteilose Kandidaten gewählte Abgeordnete der Fraktion angeschlossen. Der Parteivorsitzende Vitali Klitschko wird auch die Fraktion im Parlament führen.

Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)

Auch wenn sie nicht einen einzigen Wahlkreis direkt gewinnen konnten, gelten die Kommunisten – neben der rechtsnationalen Partei Swoboda – als Überraschungssieger dieser Wahlen. Mehr als doppelt so viele Wähler wie noch in den Wahlen von 2007 gewann die KPU für sich. In absoluten Zahlen konnte sie ihre Wählerschaft von 1,2 Millionen auf 2,7 Millionen erhöhen. Die Enttäuschung vieler Wähler

von der Partei der Regionen spielte der KPU in die Hände, denn die Stammwählerschaft der Partei der Regionen und der KPU überlappt sich in vielerlei Hinsicht und so waren für viele enttäuschte Bürger, die vormalis der Regierungspartei ihre Stimme gegeben hatten, die Kommunisten eine natürliche Alternative: Beide Parteien sprechen vor allem die über 50-jährige Wählerschaft mit mittlerer Bildung im eher russischsprachig geprägten Südosten und Osten des Landes an. In ihrem regierungskritisch gefärbten Wahlkampf versprach die KPU eine politische Neuausrichtung in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht.

Für viele enttäuschte Bürger war die KPU eine natürliche Alternative zur Partei der Regionen. Beide sprechen vor allem die über 50-jährige Wählerschaft im Südosten und Osten des Landes an.

Die Fraktionsstärke der Kommunisten liegt bei 32 Abgeordneten: Einer der parteilosen Kandidaten entschied, sich der KPU-Fraktion anzuschließen, gleichzeitig musste Ihor Kaljetnik seine Fraktionszugehörigkeit ruhen lassen, denn er übernimmt in der neuen Werchowna Rada das Amt des ersten Stellvertreters des Parlamentssprechers. Den Fraktionsvorsitz hat Parteichef Petro Symonenko inne.

Allukrainische Vereinigung Swoboda (Freiheit)

Der große Stimmengewinn der Partei Swoboda war eine der Überraschungen des Wahltags. Um knapp zwei Millionen Wählerstimmen konnte die Partei, die bislang hauptsächlich im stärker nationalukrainisch geprägten Westen des Landes ihre Stammwählerschaft hatte, ihr Wählerreservoir aufstocken und dieses stärker in die Zentrallukraine und, wenn auch in weitaus geringerem Maße, nach Osten ausdehnen. In 18 der 27 Regionen überstieg Swoboda die Fünf-Prozent-Hürde, unter den Auslandsukrainern erreichte sie mit 23,6 Prozent der abgegebenen Stimmen gar Platz eins unter den Parteien. Im Jahr 2007 war die Partei mit landesweit 0,76 Prozent der Wählerstimmen noch weit davon entfernt gewesen, die damals gültige Drei-Prozent-Hürde zu nehmen. Den großen Zuwachs an Zustimmung verdankt Swoboda vor allem Wählern, die eigentlich nicht als radikale Nationalisten bezeichnet werden können und somit nicht zu Swobodas ursprünglichem Wählerstamm gehören: Ein beachtlicher Teil der Unterstützer gab Analysten zufolge der Partei ihre Stimme eher aus strategischen Überlegungen bzw. als Ausdruck ihrer Protesthaltung denn aus ideologischer Nähe zu der

extrem rechten Gruppierung.¹⁰ So wollte ein Teil der Wähler durch ihr betont ukrainisch-nationales Abstimmungsverhalten ihre Ablehnung gegenüber verschiedenen Regierungsinitiativen wie dem Sprachengesetz ausdrücken, die sie als antiukrainisch empfunden hatten. Bei etlichen Swoboda-Wählern mögen auch taktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben: Indem sie durch ihre Stimme der rechtsnationalen Partei zum Sprung über die Fünfprozenthürde und damit zum Einzug ins neue Parlament verhalfen, stellten sie sicher, dass eine möglichst unnachgiebige Oppositionskraft in der Werchowna Rada vertreten sein würde, die durch ihre radikale Ablehnung der Regierungsarbeit und ihre als stark ausgeprägt angesehene Disziplin vor „Überläufern“ zum Regierungslager, so genannten *Tuschki*, gefeit sein würde.¹¹

Während des Wahlkampfes kritisierte die Partei die in der Ukraine vorherrschenden oligarchischen Wirtschaftsstrukturen und positionierte sich als antiliberaler Kraft. Ihre während des Wahlkampfes vorgestellte Agenda umfasste neben populistischen Maßnahmen, wie der Verstaatlichung einiger wichtiger Schlüsselunternehmen des Landes, auch die durchaus sinnvolle Forderung nach geringeren Steuern für kleine und mittlere Unternehmen.¹² Im Programm der Partei wird als wesentliches Ziel die Schaffung eines starken ukrainischen Staates gemäß den Prinzipien von „sozialer und nationaler Gerechtigkeit“ genannt. Den Vorstellungen der Partei entsprechend soll der Staat einen „verdienten Platz innerhalb der führenden Länder der Welt“ einnehmen und die kontinuierliche Entwicklung der ukrainischen Nation sicherstellen.¹³ Um dies zu realisieren, stellt die Partei

10 | Andreas Umland, „Nichtideologische Motivationen der Swoboda-Wähler: Hypothesen zum Elektorat der ukrainischen radikalen Nationalisten bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2012“, *Ukraine-Analysen*, Nr. 109, 13.11.2012, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), 8 f., <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen109.pdf> [11.12.2012].

11 | Ebd.

12 | Tadeusz A. Olszański, „The electoral success of the Svoboda Party – the consequences for Ukrainian politics“, Centre for Eastern Studies, *OSW Commentary*, Nr. 97, 28.11.2012, http://osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_97.pdf [10.12.2012].

13 | Vgl. Swoboda, „Програма ВО ‚Свобода‘ – Програма захисту українців“ (Programm der Partei Swoboda – Programm zum Schutz der Ukrainer), http://svoboda.org.ua/pro_partiyu/prohrama [31.01.2013].

die Forderung nach der Absetzung der ihrer Meinung nach antiukrainischen Regierung in den Vordergrund.

Zum Fraktionsvorsitzenden kürte die Fraktion ihren Parteichef Oleh Tjahnybok. Für den Posten des stellvertretenden Parlamentssprechers wurde im Einvernehmen der drei Oppositionsparteien der Swoboda-Abgeordnete Ruslan Koschulynskij vorgeschlagen und mit der Zustimmung von 305 Abgeordneten gewählt. Er musste infolge seiner Wahl die Fraktionszugehörigkeit ruhen lassen, sodass die Swoboda-Fraktion nun noch 36 Abgeordnete umfasst. Die Tatsache, dass sich die drei Oppositionsparteien auf Koschulynskij als gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten, unterstreicht die zunehmend wichtige Position, die Swoboda innerhalb der Opposition einnimmt. Durch den Einfluss der Swoboda-Abgeordneten, die sich in den ersten Sitzungen des Parlaments als extrem unnachgiebig gezeigt haben, könnte es zu einer Radikalisierung der Opposition als Ganzes kommen.

Die Tatsache, dass sich die drei Oppositionsparteien auf Koschulynskij als gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten, unterstreicht die zunehmend wichtige Position, die Swoboda innerhalb der Opposition einnimmt.

International war der Wahlsieg der Swoboda-Partei kritisch kommentiert worden. Man zeigte sich besorgt über den hohen Zustimmungswert für die in der Vergangenheit häufiger durch antisemitische Äußerungen aufgefallene Partei. So sagte Parteichef Oleh Tjahnybok während einer Rede 2004, die Ukraine werde von einer „moskowitzisch-jüdischen Mafia“ regiert, das Land sollte endlich den Ukrainern zurückgegeben werden. Das Europäische Parlament appellierte daher am 13. Dezember an die demokratisch gesinnten Parteien in der Werchowna Rada, mit der Partei Swoboda keine Koalition zu bilden und sie nicht zu unterstützen, da deren rassistische und antisemitische Auffassungen nicht in Einklang mit europäischen Werten und Grundsätzen zu bringen seien.¹⁴ Ungeachtet dieser Aufforderung kündigte der Fraktionsvorsitzende von Batkiwtschyna, Arsenij Jazenjuk, noch am selben Tag an, die Zusammenarbeit seiner Partei mit Swoboda fortsetzen zu wollen. Es gebe einige ideologische Uneinigkeiten zwischen Bakiwtschyna und Swoboda, doch gleichzeitig verfolgten beide

14 | Europäisches Parlament, „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2012 zur Lage in der Ukraine (2012/2889(RSP))“, [http://europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0507+0+DOC+XML+V0//DE \[03.01.2013\]](http://europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0507+0+DOC+XML+V0//DE [03.01.2013]).

Parteien ein gemeinsames Ziel, begründete Jazenjuk diese Entscheidung, und dieses liege in der Absetzung der aktuellen Regierung.¹⁵ Die Zusammenarbeit mit Swoboda kann somit vor allem mit pragmatischen Argumenten begründet werden: Nur wenn sich die drei Oppositionsparteien zusammenschließen, können sie gemeinsam eine Chance haben, sich im Parlament gegen Vorhaben der Regierungspartei zu stellen.

CHARAKTERISTIKA DER ABGEORDNETEN DER NEUEN WERCHOWNA RADA

In der Geschlechts- und Altersstruktur unterscheidet sich das neue Parlament nur unwesentlich vom alten. Betrug der Anteil weiblicher Abgeordneter in der fünften Werchowna Rada (2007-2012) noch acht Prozent – von den 450 Abgeordneten waren 36 Frauen –, so sind im neuen Parlament immerhin 43 Frauen vertreten. Bei bislang 445 vergebenen Mandaten entspricht dies einem Anteil von knapp zehn Prozent. Die Ukraine liegt im internationalen Vergleich in Bezug auf den Frauenanteil in ihrem Parlament deutlich im letzten Viertel von 190 untersuchten Ländern.¹⁶ Im Vergleich zum letzten Parlament hat sich auch die Altersstruktur kaum geändert. Das Durchschnittsalter der 445 Abgeordneten liegt bei 48 Jahren. Von den fünf im Parlament vertretenen Parteien ist die Swoboda-Fraktion mit einem Durchschnittsalter von 42 Jahren die jüngste. Die beiden ältesten Fraktionen mit einem durchschnittlichen Alter von 50 Jahren sind die Partei der Regionen und die Kommunisten.

Das Durchschnittsalter der 445 Abgeordneten liegt bei 48 Jahren. Von den fünf im Parlament vertretenen Parteien ist die Swoboda-Fraktion mit einem Durchschnittsalter von 42 Jahren die jüngste.

Ein besonderes Merkmal der neuen Werchowna Rada sind die vielen verwandtschaftlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Abgeordneten. Zwar spielten familiäre Bande auch bei der Zusammensetzung vorheriger ukrainischer Parlamente eine Rolle, bei den jüngsten Parlamentswahlen scheint dieses Phänomen jedoch besonders stark

15 | „Яценюк пообещал сотрудничать со ‚Свободой‘ несмотря на мнение Европарламента“ (Jazenjuk verspricht mit Swoboda trotz Entschließung des Europarlaments weiterhin zu kooperieren), *Ukrainska Pravda*, 13.12.2012, <http://pravda.com.ua/rus/news/2012/12/13/6979670> [03.01.2013].

16 | Vgl. Inter-Parliamentary Union, „Women in international parliaments“, Stand 31.10.2012, <http://ipu.org/wmn-e/arc/classif311012.htm> [30.11.2012].

ausgeprägt zu sein. Insgesamt bestehen bei rund 50 der gewählten Volksvertreter Familienbeziehungen zu Politikerpersönlichkeiten auf nationaler oder regionaler Ebene. Besonders stark ausgeprägt sind diese clanähnlichen Strukturen in den Charkiwer, Donezker, Saporishsher und Dnipropetrowsker Regionen.¹⁷

Zu den bekanntesten Verwandten zählt der zweitgeborene Präsidentensohn, Viktor Janukowytsch junior, der wie der Sohn des Premierministers Mykola Asarow bereits zum dritten Mal in die Werchowna Rada einzieht. Auch der Sohn des Generalstaatsanwalts Viktor Pschonka wird für die Partei der Regionen im neuen Parlament sitzen. Daneben gewannen einige Brüderpaare ihre jeweiligen Wahlkreise – unter anderem der Parteivorsitzende der Swoboda-Partei, Oleh Tjahnnybok, und sein jüngerer Bruder sowie die Baloha-Brüder aus der Region Transkarpatien, die alle als Direktkandidaten der Kleinstpartei Einiges Zentrum angetreten waren. Bei einigen der neu gewählten Abgeordneten scheint die verwandtschaftliche Beziehung zu ranghohen Politikerpersönlichkeiten ihre hauptsächliche Qualifikation zu sein. Dieser Befund unterstreicht den hohen Grad an Vetternwirtschaft, der in der Ukraine vorherrscht.

PARLAMENTS- UND REGIERUNGSBILDUNG ZUM JAHRESWECHSEL

Am 12. Dezember traten die neu gewählten Abgeordneten der siebten Werchowna Rada zur konstituierenden Parlamentssitzung zusammen. Von den 30 Parlamentsausschüssen fielen 13 dem Vorsitz eines Abgeordneten der Partei der Regionen zu, neun Ausschüssen sitzen Abgeordnete der Vereinigten Opposition vor, drei werden von UDAR-Vertretern geleitet, zwei von KPU-Abgeordneten, zwei von Fraktionslosen und einer von einem Swoboda-Vertreter. Unmittelbar vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments gab Staatspräsident Viktor Janukowytsch bekannt, er wolle Mykola Asarow dem Parlament erneut als Premierminister zur Bestätigung vorschlagen. Am 13. Dezember wurde Asarow mit einer Mehrheit von 252 Stimmen (Abgeordnete der Partei der Regionen, der Kommunisten sowie zwölf fraktionslose Abgeordnete) bestätigt.

17 | Denis Rafalsky, „Family ties that bind parliament“, *Kyiv Post*, 16.11.2012.

Durch die Vergabe einiger Schlüsselpositionen der neuen Regierung an enge Vertraute erreichte Janukowytsch eine Stärkung seiner unmittelbaren Umgebung, die in ukrainischen Medien oft als „Familie“ bezeichnet wird.

Am 24. Dezember, rund zehn Tage nach der Konstituierung des Parlaments, ernannte Präsident Viktor Janukowytsch die Mitglieder der neuen Regierung unter Premierminister Mykola Asarow. Durch die Vergabe einiger Schlüsselpositionen an enge Vertraute erreichte Janukowytsch eine Stärkung seiner unmittelbaren Umgebung, die in ukrainischen Medien oft auch als „Familie“ bezeichnet wird. Zu den Mitgliedern der „Familie“ gehören vor allem Personen, die persönliche Beziehungen zum Präsidenten selbst oder zu seinem ältesten Sohn Oleksandr haben, so zum Beispiel der ehemalige Chef der ukrainischen Nationalbank, Serhij Arbusow. Dieser übernimmt in der neuen Regierung den Posten des ersten stellvertretenden Premierministers und könnte laut ukrainischen Medienberichten in nicht allzu ferner Zeit Mykola Asarow als Regierungschef beerben.

Zu weiteren Besetzungen aus der nächsten Umgebung des Präsidenten zählt unter anderem Olena Lukasch, vormalige Beraterin des Präsidenten, für die Janukowytsch das Amt der Ministerin des Ministerkabinetts neu geschaffen hat. Sie wird als Vertraute des Präsidenten die direkte Verbindungslinie zwischen Präsidentenpalast und Ministerkabinett darstellen und für eine Ausweitung des präsidialen Einflusses auf das Ministerkabinett sorgen. Auch für Oleksandr Klymenko ist mit dem Ministerium für Einnahmen und Ausgaben ein neues Ressort geschaffen worden. Seine Zuständigkeiten umfassen vor allem Steuer- und Zollfragen. Aufgrund der Wichtigkeit dieser Ressorts wird das Ministerium in den Medien auch als „Super-Ministerium“ bezeichnet. Weitere wichtige Posten gingen ebenfalls an Persönlichkeiten aus Janukowytschs enger Umgebung, so unter anderem das Ministerium für Energie und Kohlewirtschaft an den vorherigen Umweltminister Eduard Stavyzkyj und das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen an Oleh Proskurjakow. In ihrem Amt verbleiben Finanzminister Juri Kolobow, Innenminister Vitali Sachartschenko sowie der für seine umstrittene, russlandfreundliche Bildungspolitik bekannte Minister für Bildung und Wissenschaft, Dmytro Tabatschnyk.

Neben der Stärkung der Stellung von präsidentennahen Personen innerhalb der Regierung ist auch der Einfluss des Donezker Oligarchen Rinat Achmetow deutlich erkennbar, der als mit Abstand reichster Ukrainer ein wichtiger Geschäftspartner des Präsidenten ist. So hat beispielsweise Ihor Prasolow, der bis 2005 Generaldirektor der in Besitz von Achmetow befindlichen Firma System Capital Management war, nun das Amt des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung und Handel inne. Ein weiterer Bekannter von Achmetow ist zum stellvertretenden Premierminister mit den Zuständigkeitsbereichen regionale Entwicklung, Bau und Infrastruktur ernannt worden: Oleksandr Vilkul war zuvor nicht nur Gouverneur der Region Dniprpetrowsk, sondern unter anderem auch Chef verschiedener in Achmetows Besitz befindlichen Unternehmen.

Eine für viele Beobachter nicht ganz unerwartete Personallie dürfte die Ernennung von Natalia Korolewska zur Sozialministerin gewesen sein. Mit diesem Schachzug wurden all diejenigen bestätigt, die in Korolewskas Partei „Ukraine – vorwärts!“ ein Regierungsprojekt zur Abschöpfung von Wählerstimmen bei den Oppositionsparteien gesehen hatten. Mit einer aufdringlichen Plakatkampagne hatte Korolewska mit ihrem Team, zu dem auch der beliebte Spitzenspieler Andrij Schewtschenko zählte, versucht, die ukrainische Bevölkerung von ihrem Projekt für eine „neue Wirtschaft und ein neues Land“ zu überzeugen. Im Wahlkampf hatte sie stets dementiert, Verbindungen zum Regierungslager zu haben, und ihre Partei als genuin oppositionelle Kraft dargestellt. Dass die ukrainische Bevölkerung dieser Behauptung offensichtlich nicht getraut hat, unterstrich das schlechte Abschneiden von „Ukraine – vorwärts!“ bei den Parlamentswahlen: Mit nur 1,58 Prozent der Wählerstimmen blieb dem neuen Parteiprojekt der Einzug ins Parlament verwehrt. Die Spitzenkandidatin Korolewska wird von nun an im Kabinett von Asarow sitzen, dessen Ablösung sie im Wahlkampf noch gefordert hatte.

Dem Parteiprojekt „Ukraine – vorwärts!“ blieb der Einzug ins Parlament verwehrt. Die Spitzenkandidatin Natalia Korolewska sitzt nun im Kabinett von Asarow, dessen Ablösung sie im Wahlkampf noch forderte.

ENTWICKLUNGSTRENDS DER UKRAINISCHEN WIRTSCHAFT

Das Jahr 2012 war für die ukrainische Wirtschaft kein gutes: Das Wachstum hat deutlich nachgelassen, die Weltbank bescheinigte der Ukraine für 2012 nur ein minimales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,5 Prozent. Und auch das Jahr 2013 wird voraussichtlich keine bedeutenden Verbesserungen mit sich bringen. Schon jetzt steht fest, dass die Ukraine Kreditrückzahlungen in Höhe von insgesamt knapp neun Milliarden US-Dollar an das Ausland leisten muss, an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gehen hiervon allein rund 5,8 Milliarden US-Dollar. Ob der IWF die vor über einem Jahr eingefrorenen

Damit es zu neuen Zahlungen des IWF kommt, müsste sich die ukrainische Regierung mit einem Katalog weitreichender Forderungen zur Anpassung der makroökonomischen Politik einverstanden erklären.

Zahlungen aus dem Hilfskreditprogramm in diesem Jahr wieder aufnehmen wird, ist bislang noch ungeklärt. Damit es hierzu kommt, müsste die ukrainische Regierung sich mit einem Katalog weitreichender Forderungen des IWF zur Anpassung der makroökonomischen

Politik einverstanden erklären. Dieser würde mit großer Wahrscheinlichkeit zum einen die Forderung enthalten, den fixen Wechselkurs der Hriwnja zum US-Dollar aufzugeben und stattdessen einen flexiblen Wechselkurs einzuführen. Zweitens müsste die ukrainische Regierung sich wohl auch mit einer Reihe restriktiverer Maßnahmen in der Fiskalpolitik einverstanden erklären. An erster Stelle ist hier die IWF-Forderung nach einer graduellen Anhebung der für die Privathaushalte durch staatliche Subventionen künstlich niedrig gehaltenen Preise für Gas und Heizung zu nennen. Diese belasten den ukrainischen Staatshaushalt jährlich mit etwa sechs Prozent des BIP, was derzeit etwa den ukrainischen Bildungsausgaben entspricht.

Bei der ukrainischen Bevölkerung dürften diese Forderungen nicht gut ankommen. Entsprechend zurückhaltend hatte sich die Regierung in Kiew etwa mit Maßnahmen zur Gaspreiserhöhung unmittelbar vor den Parlamentswahlen gezeigt. Inzwischen sind die Parlamentswahlen zwar vorüber, in zwei Jahren stehen jedoch die Präsidentschaftswahlen und damit das nächste wichtige politische Datum vor der Tür. Eine derart unpopuläre Maßnahme wie eine Erhöhung der Gastarife wird Präsident Janukowytsch wohl vor 2015 nicht umsetzen, um seine ohnehin ungesicherte

Wiederwahl nicht zu gefährden. Sehr viel bequemer erscheint es Präsident und Regierung, sich von Russland Vergünstigungen für die Gasimporte zusagen zu lassen und auf diese Weise gleich zwei Vorteile zu erreichen: Einerseits könnte so der ukrainische Staatshaushalt entlastet werden, andererseits müsste das Land nicht auf die schwer durchzusetzenden Forderungen des IWF eingehen und hätte sich trotzdem in finanzieller Hinsicht mehr Spielraum verschafft. Diese Vergünstigungen will Russlands Präsident Wladimir Putin aber nicht ohne Gegenleistung von ukrainischer Seite gewähren. Er fordert von Kiew einen Beitritt zur Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan sowie die Einwilligung in den Kauf des ukrainischen Gastransitsystems durch Gazprom. Erst dann könnte ein Gaspreis auf belarussischem Niveau von nur 166 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter russischen Gases realistisch werden. Momentan zahlt die Ukraine mit 426 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter einen deutlich höheren Preis als beispielsweise Deutschland. Kurzfristig würde eine derartige finanzielle Erleichterung dem ukrainischen Staatshaushalt gut tun, gleichzeitig könnte eine Lösung der in der ukrainischen Wirtschaft vorherrschenden strukturellen Probleme damit nur auf die Zukunft verschoben werden.

Putin fordert von Kiew einen Beitritt zur Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan sowie die Einwilligung in den Kauf des ukrainischen Gastransitsystems durch Gazprom.

BEDEUTUNG DER PARLAMENTSWAHLEN FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Mitte Januar 2013 erschien eine neueste Studie, die der Frage nachging, ob die Menschen in der Ukraine eher zur Europäischen Union oder eher zu einer Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan tendierten. Die Stiftung Demokratische Initiativen befragte landesweit über 2.000 Personen. Mit 42,4 Prozent der Befragten sprachen sich die meisten für einen Beitritt der Ukraine zur EU aus, für eine Integration in die Zollunion plädierten lediglich 32,1 Prozent – je jünger die Befragten, desto klarer war die Zustimmung zur EU.¹⁸ Viele Wähler in der Ukraine haben sich daher auch bewusst für die Unterstützung der Oppositionsparteien und ihrer pro-europäischen Kurse entschieden. Gleichzeitig aber glaubt eine Mehrheit der Befragten,

18 | Vgl. Umfrage der Stiftung Demokratische Initiativen, „EU oder Zollunion? Wohin möchten die Bürger gehen?“, http://dif.org.ua/modules/pages/files/1358144625_2255.pdf [17.01.2013].

dass sich die Ukraine heute in keine der beiden Richtungen bewegt. Dies liegt vor allem in der Schaukelpolitik von Präsident und Regierung der Ukraine zwischen Russland und der EU begründet: Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, das neben dem politischen Teil eine umfassende Freihandelszone zwischen beiden Partnern vorsieht, konnte trotz mehr als fünfjähriger Vorbereitungsphase noch immer nicht unterzeichnet werden. Die Europäische Union hat zuletzt am 10. Dezember in einem Beschluss der EU-Außenminister nach den Parlamentswahlen vom Herbst 2012 die Bedingungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens nochmals klar benannt: Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit müssen entsprechend den europäischen Normen vorgenommen werden. Die politisch motivierte Justiz ist, ausgehend von den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, zu revidieren. Die Wahlgesetzgebung muss aufgrund der negativen Erfahrungen bei der Umsetzung des gemischten Wahlrechts während der Parlamentswahlen 2012 auf eine neue verlässliche Grundlage gestellt werden.

Wenn die Europäische Union in der Ukraine im Laufe dieses Jahres wesentliche Fortschritte in diesen drei Kernbereichen beobachtet, könnte das Assoziierungsabkommen auf dem EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November 2013 in Vilnius unterzeichnet werden. Eine weitere Verzögerung über dieses Datum hinaus wäre gleichbedeutend mit einem Aus für das Abkommen und fatalen Folgen nicht nur für das Verhältnis zwischen Ukraine und EU, sondern insbesondere auch für den dringend erforderlichen Reform- und Modernisierungsprozess des Landes. Inwieweit die neue Regierung und das Parlament die gemeinsam mit der EU vereinbarte Reformagenda umsetzen, bleibt abzuwarten. Zu Beginn des Jahres 2013 ist zumindest zu bemerken, dass sich die Rhetorik immer mehr in Richtung Assoziierungsabkommen verlagert. Man hofft auf eine Erklärung zur Unterzeichnung noch auf dem EU-Ukraine-Gipfel am 25. Februar. Parlamentssprecher Rybak kündigte bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres an, dass alle fünf Fraktionen im neugewählten

Parlamentssprecher Rybak kündigte an, dass alle fünf Fraktionen eine gemeinsame Resolution zur Europäischen Integration anstreben. Ein Beitritt zur Zollunion stehe nicht auf der Tagesordnung.

Parlament eine gemeinsame Resolution zur Europäischen Integration anstreben, ein Beitritt zur Zollunion stehe nicht auf der Tagesordnung.

AUSBLICK

Die Verdrossenheit der Wähler über die anhaltend schlechte wirtschaftliche und soziale Lage in der Ukraine ist groß und könnte bis zu den Präsidentschaftswahlen Anfang 2015 noch weiter zunehmen. Die Vorbereitungen auf dieses nächste politische Schlüsselereignis werden spätestens nach den für Mai 2013 geplanten Wahlen zum Kiewer Stadtparlament das politische Leben beherrschen. Die Vereinigte Opposition Batkiwtschyna hat sich bereits am 7. Dezember für Julia Tymoschenko als Präsidentschaftskandidatin entschieden. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass Vitali Klitschko (UDAR) und Oleh Tjahnybok (Swoboda) ebenfalls kandidieren werden.

Die Regierungspartei stellt ihrerseits schon jetzt die Weichen, um auch künftig an der Macht bleiben zu können. Am 6. November verabschiedete noch das alte Parlament im Eilverfahren mit 265 Stimmen das „Gesetz über ein all-ukrainisches Referendum“, am 27. November leistete Staatspräsident Janukowytsch seine Unterschrift unter das Gesetz. Durch seine Verabschiedung wird die Grundlage für Verfassungsänderungen mit Hilfe von Referenden gelegt. Im Falle eines Neuentwurfs der Verfassung und auf Initiative der Bürger kann der Präsident ein Referendum anordnen. Für einen Antrag sind drei Millionen Unterschriften der Bürger aus zwei Dritteln der Regionen erforderlich, mit jeweils mindestens 100.000 Unterschriften. Bisher konnten Verfassungsänderungen nicht ohne eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments verabschiedet werden. Arsenij Jazenjuk äußerte umgehend nach der Unterzeichnung des Gesetzes durch den Präsidenten am 28. November die Befürchtung, dass über ein Referendum der Beitritt der Ukraine zur Zollunion ebenso ermöglicht werden könnte wie die Wahl des Präsidenten durch das Parlament, anstelle der bislang praktizierten Direktwahl durch das Volk. Es bestehe zudem die Gefahr von Manipulationen ähnlich wie bei der Präsidentschaftswahl. Viktor Medwedtschuk, ehemaliger Leiter der Präsidentschaftsadministration unter

Im Falle eines Neuentwurfs der Verfassung und auf Initiative der Bürger kann der Präsident ein Referendum anordnen. Für einen Antrag sind drei Millionen Unterschriften erforderlich.

Leonid Kutschma und enger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin, war in den letzten Monaten durch seine Kampagne „Direkte Demokratie“ im Straßenbild aufgefallen. Medwedtschuk teilte bereits mit, dass das erste Referendum nach Inkrafttreten des Gesetzes dem Beitritt zur Zollunion gewidmet werden sollte.

Die EU hält derweil die Tür für die Ukraine offen. Je weiter aber die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens in die Ferne rückt, desto mehr fehlen Antworten auf konkrete Fragen der Menschen zur Umsetzung einer europäischen Perspektive für die Ukraine. Je mehr die Diskussion über Europa in den Hintergrund tritt, desto leichter würde es, sich im Rahmen eines Referendums für eine Zollunion mit Russland zu entscheiden. Wichtig und noch dringender als im Jahr 2012 ist es daher, neben der Verbreitung von Informationen über Bedeutung und Inhalt des Assoziierungsabkommens eine klare Botschaft aus Deutschland und aus Brüssel an Kiew zu senden, dass die Europäische Union im für die Zukunft der Ukraine so wichtigen Reformprozess langfristig der richtige Partner ist.